

Konstanze Caysa  
CULTURE-TOPIA  
Geld für Bürger

Die Rede vom Ende der Arbeitsgesellschaft ist nach wie vor allgegenwärtig. Das heißt nicht, dass eine Gesellschaft am Ende ist, die auf Arbeit beruht, sondern dass die Idee der Vollbeschäftigung in modernen Gesellschaften als schlechte Utopie erscheint. Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung ist in der Internetgesellschaft völlig illusionär. Allerdings ist die Vorstellung eines eigenen würdevollen Lebens ohne Arbeit der Mehrheit ebenso fremd, wie den Regierenden Ansprüche an das Gemeinwesen verdächtig sind, die sich nicht durch vorherige Erwerbsarbeitsleistungen empfehlen. Unter der Hand gilt doch noch: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! Würde man dieses Programm wirklich durchziehen, würde es in unserer Gesellschaft zu beträchtlichen sozialen Spannungen kommen. Die Rede von der Rückkehr zur Vollbeschäftigung ist postreligiöses Opium für das Volk und gründet sich in Selbstbetrug. Eher sind wir gezwungen über fundamentale Alternativen zur Arbeitsgesellschaft nachzudenken. Ein radikaler Vorschlag die Probleme zu lösen, zielt darauf, ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger des deutschen Staates einzuführen. Die Grundfrage dabei ist, ob dieses Bürgergeld tatsächlich bedingungslos gewährt werden sollte oder ob dafür politisches, soziales und kulturelles Engagement von den Bürgern zu verlangen ist.

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt und wir ermöglichen den Individuen, ihr Leben autonom zu gestalten. Jeder kann der Gestalter seines Lebens werden – ein Lebenskünstler. Das Leben wird selbst zu einer Kunst und nicht mehr nur durch Erwerbsarbeit bestimmt. Die Arbeit wird selbst zu einer Lebenskunst und die Lebenskunst zur Arbeit.

Dass das Leben als Lebenskunst zur Arbeit wird hat aber auch tiefgreifende Auswirkungen darauf, wie man ein menschenwürdiges Leben bestimmen will. Ein Leben zu führen heißt nun, sich um sich sorgen zu können, das heißt an sich und mit sich zu arbeiten.

Wird menschliches Leben als Können zur selbstbestimmten Lebensführung verstanden, so werden aus Menschenrechten Lebensführungspflichten. Welche Rechte der Mensch hat, das muss er in der Arbeit an sich und mit sich in seinem Leben beweisen.

Das Können an sich zu arbeiten hat mindestens zwei grundlegende Bedingungen zur Voraussetzung. Erstens: individuelle Fähig- und Fertigkeiten, die durch Askese im Sinne von Training erlernt werden. Dabei ergibt sich das schwerwiegende Problem, wie weit die Bürger wirklich mündig sind, das heißt in der Lage sind an sich zu arbeiten. Oder ob es staatlich begleitende Maßnahmen geben muss, um diese Arbeit an sich nicht nur zu ermöglichen, sondern sogar zu erzwingen. Ohne Zweifel

braucht es dazu bildungspolitische Maßnahmen, was zur Bedingung hat, dass das Bildungssystem radikal umgebaut werden müsste, also mehr Geld auch in Schulen und Universitäten investiert werden muss, was vor allem für die jüngeren Generationen neue Jobmöglichkeiten in einem reformierten Bildungssystem schaffen würde. Freilich bedarf es dazu auch beträchtlicher Umverteilungen zu Gunsten des Bildungssystems. Die Mittel dazu sind in unserem Land vorhanden. Man könnte ja auch einmal den Rüstungsetat einschränken.

Die Arbeit des Einzelnen an sich braucht zweitens eine gesellschaftliche Grundsicherung der Subjekte. Die Arbeit an sich ist nicht nur Bedingung der Möglichkeit, dass man von der Gesellschaft eine existenzielle Grundversorgung erhält, sofern man sie nicht selbst garantieren kann, sondern die mögliche existenzielle Grundsicherung eines jeden bedürftigen Individuums durch die Gesellschaft ist Bedingung der Möglichkeit der Verwirklichung des Gestaltungsauftrages des Menschen an und für sich. Es gilt nicht mehr: Wer nicht arbeitet, soll nicht essen! - aber: wer an sich arbeiten soll, muss auch zu essen haben.

Es geht nicht nur um eine garantierte Grundversorgung für Nahrung, Kleidung und Wohnung, sondern es geht auch um die Mittel zur Teilhabe am politischen und kulturellen Leben der Gesellschaft. Nicht nur die unmittelbar psycho-physische Verelendung muss gebannt werden, sondern auch die kulturell-intellektuelle und politische Verelendung.

Durch die Wende von 1989/90, in der auch die Leipziger das Ende der Arbeitsgesellschaft bitter erfahren haben und lernen mussten umzudenken, hat der Osten hier vielleicht einen Erfahrungsvorsprung in Bezug auf eine alternative Bürgergesellschaft.

Leipzig als sächsische Polis könnte hier vorangehen ohne sich allerdings wie der kulturell offene Stadtstaat Bremen so stark zu verschulden.